

~~Gehheim~~
- amtlich geheimgehalten -

AL II

Bonn, den 23. Januar 1974

II/1 - 35105 - Be 35/3/74 geh.

Konzept

Herabdruck auf offen
gem. Schreiben-Verfügung D. Braun 3 Ausfertigungen
vom 15.3.04 . Ausfertigung

V e r m e r k

Über ein Gespräch mit den Vertretern der Drei Mächte
am 22. Januar 1974 im Bundeskanzleramt

Das Gespräch, zu dem BM Bahr kurzfristig eingeladen hatte,
fand von 20.15 bis 21.30 Uhr statt.

Teilnehmer auf deutscher Seite:

BM Bahr
StS Gaus
MD Sanne

auf alliierter Seite:

Botschafter Sauvagnargues
Gesandter Cash
Gesandter Hibbert.

I.

Der Minister informierte im Auftrag des Bundeskanzlers die
Vertreter der Drei Mächte über das Gespräch, das Herr Gaus
mit dem stellvertretenden Minister Nier am Vormittag in
Ostberlin geführt hatte. Nier habe angekündigt, die DDR würde
Konsequenzen für den Fall ziehen, daß die Bundesregierung
morgen über Berlin (West) als Sitz des Umweltbundesamtes be-
schließt. Sie werde ernsthaft prüfen, den beim Umweltamt
Beschäftigten die Benutzung der Transitwege zu verweigern.
Nier habe nachdrücklich darum gebeten, seinen Schritt nicht

~~Gehheim~~
- amtlich geheimgehalten -

~~Geheim~~

- amtlich geheimgehalten -

- 2 -

öffentlich bekannt werden zu lassen. Die Bundesregierung sei ebenfalls an strikter Geheimhaltung interessiert, da jede öffentliche Diskussion Prestigefragen ins Spiel bringe.

Der Minister unterstrich, daß die Ankündigung der DDR einen prinzipiellen und schwerwiegenden Schritt darstelle. Einer der Kernpunkte während der Verhandlungen über das Viermächte-Abkommen sei die Einigung gewesen, es dürfe keine Kategorie von Personen geben, der die Benutzung der Transitwege versagt werden kann. Führe die DDR ihre Absicht aus, so werde hier die erste Kategorie - diesmal für etwa 160 Menschen - geschaffen. Hier habe folgendes Argument gebraucht: Die Vier Mächte hätten sich seinerzeit geeinigt, daß keine von ihnen einseitige Veränderungen der Situation vornehmen werde. Die Schaffung eines neuen Bundesamtes mit zentralen Funktionen sei aber eine einseitige Veränderung. Dadurch werde das Gleichgewicht innerhalb des Abkommens gestört. Die Maßnahmen der DDR dienten der Wiederherstellung des Gleichgewichts. Hier habe außerdem das Argument wieder verwandt, daß das Abkommen einen Abbau der Bundespräsenz vorsehe. Würde die jetzt von der DDR angedrohte Maßnahme hingenommen, so bestehe die Gefahr, daß auch gegen die derzeit in Berlin befindlichen 20.000 Bundesbediensteten Reisesperre verhängt würde mit der Begründung, daß der Westen mit dem vereinbarten Abbau immer noch nicht begonnen habe.

Der Minister wies schließlich darauf hin, daß die Drei Mächte bereits vor Monaten schriftlich gegenüber dem Senat die Einrichtung der Bundesstelle für Umweltschutz, also des Vorläufers des Bundesamtes, genehmigt hätten. Bei dieser Stelle arbeiten zur Zeit etwa 40 Personen. Man könne nicht ganz ausschließen, daß Maßnahmen der DDR sich schon gegen diese Personen richten würden, d.h. daß die andere Seite die formelle Eröffnung des Umweltbundesamtes nicht abwarten werde. Er

~~Geheim~~

- amtlich geheimgehalten -

~~Gehheim~~

- amtlich geheimgehalten -

- 3 -

hielte es für sehr wichtig, wenn die Drei Mächte in der ihnen richtig erscheinenden Weise die vierte Signatarmacht darauf hinweisen würden, welche Bedeutung und welche Konsequenzen die geplante Maßnahme der DDR haben würde. Er persönlich halte es für fast unausweichlich, den im Abkommen vorgesehenen Konsultationsmechanismus in Gang zu setzen. Die Bundesregierung jedenfalls werde, wenn die Drei Mächte nicht jetzt noch einen gegenteiligen Ratschlag geben wollten, morgen wie angekündigt ihren Beschluß zum Umweltbundesamt fassen. Dieses habe der Bundeskanzler im Einvernehmen mit Bundesminister Scheel so entschieden.

Der französische Botschafter und der britische Gesandte stimmten darin überein, daß es angesichts der bisherigen offiziellen Äußerungen der Drei Mächte gegenüber der Sowjetunion gar keinen anderen Weg gebe, als bei der eingenommenen Position zu bleiben. Beide erklärten sich bereit, ihren Regierungen zu empfehlen, daß diese unverzüglich der sowjetischen Regierung eine Warnung in Moskau zukommen lassen, in der die von der DDR angekündigten Maßnahmen als für die Drei Mächte unannehmbar bezeichnet werden. Damit solle jedoch nicht der Vorschlag einer Konsultation verbunden werden. Die Initiative dazu solle man den Sowjets überlassen.

Der französische Botschafter schlug vor, im gleichen Kreis am 24. Januar wieder zusammenzutreffen, um über die Reaktion aus den Hauptstädten und die weitere Entwicklung zu sprechen.

Der amerikanische Gesandte beteiligte sich nicht an der Diskussion, machte aber auch keinen Widerspruch geltend.

II.

Im Laufe der Diskussion wurde erneut deutlich, welches Unbehagen die Drei Mächte über die fortgesetzten Schwierigkeiten

~~Gehheim~~

- amtlich geheimgehalten -

~~Geheim~~

- amtlich geheimgehalten -

- 4 -

bei der Anwendung des Viermächte-Abkommens empfinden. Kennzeichnend dafür war eine Bemerkung des französischen Botschafters, der sagte, es gebe einerseits die Auffassung, alles sei verboten, was im Abkommen nicht ausdrücklich erlaubt sei, und die andere Auffassung, es sei alles erlaubt, was nicht ausdrücklich verboten ist. Keine der beiden Thesen stimme. Man müsse sich vielmehr nach der politischen Zweckmäßigkeit richten. Er sei seit 18 Monaten gegen unnötige Akte in Berlin aufgetreten, werde aber von seiner Regierung darin nicht immer unterstützt. Er habe immer vorgeschlagen, man solle sich an einen Tisch setzen und die Grenze abstecken zwischen der Entwicklung der Bindungen und der politischen Präsenz. Es treffe auch nicht zu, daß die Drei Mächte einverstanden seien mit dem, was die deutschen Stellen tun. Vielmehr würden die Drei Mächte nicht frühzeitig und ausreichend genug konsultiert.

Der Minister hielt dem entgegen, daß die Verantwortung für Berlin (West) nur bei den Drei Mächten liegen könne. Wenn die Drei Mächte sagen, die Präsenz könne erhöht werden, dann werde die Bundesregierung dies immer wieder tun. Für die Bundesregierung seien die Drei Mächte allein kompetent für die Interpretation des Viermächte-Abkommens.

2/ Verteiler:

BM Bahr

(1. Ausf.)

BM Scheel

(2. Ausf.)

StS Gaus Ub. ChefBK

(3. Ausf.)

Konzept AL II

ab am
23. 1. 76
Sanne
(Sanne)

~~Geheim~~

- amtlich geheimgehalten -